

Lh., 18.02.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

nach einem Bericht der WN erhalten die „Buddelvereine“ aufgrund eines Beschlusses des Haushalts- und Finanzausschusses mit dem Votum aller Parteien 180.000 € aus der Stadtkasse. Begründung: Die „Buddelvereine“ hätten etwas für die Daseinsvorsorge getan.

Ich bin sicherlich nicht über die gesamten Fakten bezüglich des Glasfaserausbaus in LH informiert, die Grundlage für die Arbeit der „Buddelvereine“ und die jetzige Zuschussgewährung waren. Aus meiner Sicht liegt die Sache so: Die „Buddelvereine“ wurden von den Bauern „gegründet“, haben einen Landwirtschaftlichen Lohnbetrieb als „Buddelbetrieb“ beauftragt und dies alles medienwirksam begleitet, um für sich in den Bauerschaften möglichst schnell ein leistungsfähiges Breitbandkabel/Glasfaserkabel zu verlegen und nicht auf die „Buddelfirmen“ zu warten.

Die „Buddelvereine“ haben somit zum eigenen Vorteil gearbeitet und lediglich Arbeiten vorweg erledigt, die sonst von Firmen ausgeführt worden wären. Dadurch haben sie vermutlich auch einen Teil der Ausbau-/Anschlusskosten gespart. Das heißt, dass die „Buddelvereine“ in erster Linie zugunsten der eigenen Mitglieder gewirkt haben. Was dabei Daseinsvorsorge für die Allgemeinheit sein soll, vermag ich nicht zu erkennen. Aber wenn unsere Bauern Wünsche äußern, fallen diese anscheinend bei allen Parteien auf fruchtbaren Boden. Meiner Meinung nach haben sich hier alle Fraktionen von einer medienwirksam begleiteten Aktion vereinnahmen bzw. überrumpeln lassen.

Ich finde die Aktion der „Buddelvereine“ auch lobenswert, dafür aber Haushaltsmittel der Stadt zu fordern schon sehr peinlich. Meines Erachtens wären die Mitglieder der „Buddelvereine“ leicht in der Lage gewesen, den Betrag von 250 €/Teilnehmer selbst aufzubringen ohne am Hungertuch nagen zu müssen, anstatt die Stadt mit 180.000 € zu belasten.

Gibt es in den städtischen Satzungen nicht besondere Regeln für eine derartige Zuschussgewährung, die weitestgehend frei von „Klientelpolitik“ sind? Wenn Sie, Herr Bürgermeister, rechtliche Bedenken zu dem Beschluss haben, sollten Sie diesen gemäß Gemeindeordnung offiziell beanstanden und ggf. eine Entscheidung der Kommunalaufsicht herbeiführen. Davon habe ich noch nichts gelesen. Aber es ist ja noch etwas Zeit, so hoffe ich.

Die Stadt ihrerseits ist seit Jahren z.B. nicht in der Lage, die „Rialtostraße“ einigermaßen benutzerfreundlich umzugestalten, so dass auch ältere und behinderte Menschen diese gefahrlos nutzen können. Diese Maßnahme ist mehrfach am Willen des Rates gescheitert. Hier wäre der Begriff „Daseinsvorsorge“ wirklich angebracht, bei den „Buddelvereinen“ nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Bürger aus Lüdinghausen